

Demokratie – Nur eine Floskel? Wie Rechte Staat und Gesellschaft herausfordern

29. Oktober, Gasthaus am Hafen, Nienburg

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung war am 29. Oktober zu Gast im Gasthaus am Hafen in Nienburg. Mit dem Titel „Demokratie – Nur eine Floskel?“ lud die FES zu einer Podiumsdiskussion ein. Eröffnet wurde diese von **Alexander Bodenstab**, Referent im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung, der die Referenten vorstellte, und vortrug, dass rechte Meinungsführer_innen häufig ein verkürztes Bild von Demokratie vermitteln würden. Keineswegs enden demokratische Grundwerte bei freien Wahlen und der freien Meinungsäußerung, machte Bodenstab deutlich.



Marja-Liisa Völlers MdB

Im Anschluss daran richtete **Marja-Liisa Völlers MdB** einige einleitende Worte an die Gäste. Sie verwies eingangs auf die These von Francis Fukuyama, der 1992 vom „Ende der Geschichte“ sprach: „Die Zukunft würde dem politischen und wirtschaftlichen Liberalismus gehören.“ Diese These habe sich jedoch nicht bestätigt. Heute, stellte Völlers fest, seien populistische und antidemokratische Akteure anschlussfähig. Das gesellschaftspolitische Klima habe sich verändert und der Diskurs nach rechts verschoben. Damit gehe auch eine Verrohung der Sprache einher. Eine große Gefahr gehe dabei von Bewegungen wie Pegida und den Reichsbürger_innen aus. Völlers lobte deshalb die „hervorragende präventive Arbeit“ von Bündnissen wie dem Weser-Aller-Bündnis (WABE), die eine „Stütze der Demokratie in unserer Basis“ seien. Die Demokratie brauche Menschen, die das Grundgesetz achten und verteidigen. Völlers machte deshalb auf das Demokratiefördergesetz aufmerksam. Durch langfristige Förderung und eine finanzielle Verstetigung werde die Zivilgesellschaft gestärkt.

Im Anschluss daran hielt der Soziologe und Publizist **Andreas Kemper** einen Impulsvortrag, in dem er die Strukturen der Rechten beschrieb und zudem detailliert auf die AfD einging. Rechte Akteure würden Ungleichwertigkeitstheorien folgen, die sich aus Rasse, Schicht und Geschlecht ergeben. Dadurch würden Ideologien der Ungleichwertigkeit - Faschismus, Neoliberalismus sowie christlicher Fundamentalismus - legitimiert. Diese drei Strömungen seien auch in der AfD vertreten, wobei der faschistische Flügel im Laufe der Zeit deutlich stärker geworden sei. Dieser gehe von einem biologischen Volk aus, das auf die Option einer Revolution dränge. Kemper stuft die AfD deshalb als profaschistisch ein. Stellvertretend für den faschistischen Flügel stehe Björn Höcke.

Der Gründung der AfD sei ein Richtungsstreit in der CDU Anfang der 2000er zwischen dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und deutschen Familienunternehmen vorausgegangen, bei dem sich der BDI durchgesetzt hat. 2008 gründeten CDU-Mitglieder den Berliner Kreis, aus dem Anfang 2013 die AfD entstand. Seit ihrer Gründung habe sich die Partei stetig nach rechts verschoben. Mit ihrem Abschneiden bei den Wahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen habe sich die AfD konsolidiert.



v.l.n.r.: Schmitt, Bremer, Obenhaus, Völlers, Kemper

Anschließend ging das Podium in die, von **Cosima Schmitt** moderierte, Diskussion über. **Anne Bremer** machte sich für zivilgesellschaftliches Engagement und Lautwerden stark, um gegen Nazi-Aufmärsche und die aggressiver werdende Stimmung vorzugehen. Beispielhaft dafür stehe das Weser-Beats-Festival. **Ruben Obenhaus** von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie“ unterstützt etwa Schulen und Sportvereine, die aktuell verstärkt mit Rassismus und Rechtsextremismus zu kämpfen haben. Obenhaus berichtete von der Angst der Lehrer_innen, von SchülerInnen und Eltern verklagt zu werden, die rechtsextreme Ansichten vertreten. Wichtig sei laut Obenhaus, dass sich die Lehrer_innen trotzdem weiterhin an ihren demokratischen Bildungsauftrag hielten.

Völlers wurde gefragt, inwiefern sich das politische Klima mit dem Einzug der AfD in den Bundestag verändert habe. Sie antwortete, dass sie ein anderes Grundklima wahrnehme. Die AfD sei laut Völlers zwar „mediengeil“, bleibe aber in der Ausschussarbeit „blass“. Kemper fordert von den etablierten Parteien, sich mit der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen.

Die Podiumsteilnehmer_innen waren sich einig über die Wichtigkeit von Bildung, damit junge Leute am Ende nicht die AfD wählen. Dies sei vor allem bei „Dagebliebenen“ in ländlichen Räumen der Fall, so Kemper. Diese „Ausklammerung der ländlichen Räume“ bereitet auch Anne Bremer Sorgen. Man müsse dort gezielt Orte und Freiräume zur Teilhabe an der Demokratie schaffen. Dafür sei der Zugang zu Fördermitteln und Geldern laut Obenhaus essenziell. Völlers sprach sich dafür aus, Schüler_innen



v.l.n.r.: Schmitt, Bremer, Obenhaus, Völlers, Kemper

auch außerhalb des klassischen Politikunterrichts für Politik zu begeistern, indem man Möglichkeiten zum Mitgestalten und zur Teilhabe eröffne. So könne man etwa das Wahlalter auf 16 Jahre senken oder Voraussetzungen zu mehr Partizipation auf lokalpolitischer Ebene schaffen. Völlers erkennt zudem eine Spaltung der Jugend: Ein Teil unterstütze grüne Positionen, der andere Teil Ansichten der AfD. Dies sei ein „Klassenproblem“. Kemper sprach sich daher dafür aus, das Konzept der Integrierten Gesamtschule zu verfolgen.



Das Publikum im Gasthaus am Hafen

In der abschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden weitere Themen diskutiert. Kemper denkt, es sei möglich AfD-Wähler_innen zurückzugewinnen, indem man sie für ein neues Gesellschaftsmodell begeistere. Das betreffe Themen wie Klima und Wohnen. So würden Existenzängste bekämpft und beseitigt. Obenhaus betrachtet die zunehmende Zurückhaltung

des Staates mit Sorge, denn so werde ein „Nährboden für Demokratiefeindlichkeit“ geschaffen. Thema waren zudem die Deutschkenntnisse von Kindern zu Beginn der Grundschule. Podium und Publikum waren sich hierzu einig, dass das Beibringen von Deutschkenntnissen unbedingt in den Schulen erfolgen müsse.